



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
Sondersitzung des Ausschuss für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.02.2023	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	18:40 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aydin Candan - SPD		
Michelle Akyurt - CDU		
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Nil Gersdorf - CDU		Vertretung für: Herrn Dr. Carsten Grohmann
Sandra Odendahl - SPD		
Henning Stabe - CDU		bis TOP 6.3; 18:15 Uhr
Dr. Werner Vieler - AfD		
Anka Grädner - Fraktion 21 Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Natalie Beisiegel-Röhl - FDP		Vertretung für: Herrn Dr. Axel Walther
Volker Krause - BfL		
Andreas Müller - DIE LINKE		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Volker Nehrhoff - CDU		
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Mara-Lena Zeplin - fraktionslos		
Beiratsmitglieder		
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen		
Götz Gebert - Seniorenbeirat		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		

Dr. Axel Flasbarth - Bündnis 90 / Die Grünen	
Thomas Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender	
Verwaltung	
Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	
Dennis Bunk - 5.651 - GMHL	
Piroska Csösz - 2.280- Wirtschaft und Liegenschaften	
Frank Duwe - Bauaufsicht	
Beate Herrmann - 2.502 Personalrat SIE	
Sabine Klawitter - Personalrat SIE	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Ralf Kuschmierz - FBC FB 2	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Brigitte Alheid -	
Jens Schmidt - Initiative HGH	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Carsten Grohmann - CDU	- entschuldigt -
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Axel Walther - FDP	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
2.1	Anfrage des AM Natalie Beisiegel-Röhl (FDP): Pläne für die Nachnutzung des HGH	VO/2022/11683
2.2	Anfrage des AM Natalie Beisiegel-Röhl (FDP): Unterbringung der Senioren:innen des HGH	VO/2022/11684
2.3	Antwort auf die Anfrage des AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Chronologische Abfolge im Fall Brandschutz Heiligen-Geist-Hospital	VO/2022/11730-01
3	Berichte	
3.1	Weiterbetrieb einer SeniorInnenEinrichtung (SIE) im Heiligen-Geist-Hospital (HGH)	VO/2023/11852
4	Beschlussvorlagen	
4.1	Beirat für Senior:innen AT zu VO/2022/11626-01 - Schließung Seniorenheim im Heiligen-Geist-Hospital	2022/11626-01-01
5	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6	Anträge von Ausschussmitgliedern	
6.1	AT Dringlichkeitsantrag AM Lengen: Ersatzlösung für das Alten- und Pflegeheim sicherstellen	VO/2023/11861-01
6.2	Dringlichkeitsantrag AM Andreas Müller (DIE LINKE): Städtisches Seniorenheim in der Altstadt	VO/2023/11908
6.3	AT - Dringlichkeitsantrag AM Akyurt (CDU), AM Dr. Grohmann (CDU), AM Stabe (CDU), AM Nehrhoff (CDU), AM Friemer (DU), AM Krause (BfL), AM Müller-Lornsen (BÜ90/Grüne), AM Zunft (Die Linke), AM Zeplin, AM Grädner (F21): Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim	VO/2023/11924-01
7	Verschiedenes	
8	Ende des öffentlichen Teils	
13	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Er erklärt, dass für den nichtöffentlichen Teil in dieser Sondersitzung keine Themen vorliegen.

Er lässt über die Dringlichkeitsanträge unter den Tagesordnungspunkten 6.1 , 6.2 und 6.3 einzeln abstimmen:

TOP 6.1:

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Dringlichkeit dieses Antrages.

TOP 6.2:

Der Ausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung die Dringlichkeit dieses Antrages.

TOP 6.3:

Der Ausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung die Dringlichkeit dieses Antrages.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die geänderte Tagesordnung.

Der Vorsitzende bittet die Anwesenden sich zu erheben und den Erdbebenopfern in der Türkei und Syrien in Stille zu Gedenken.

Frau Akyurt bittet den Angehörigen ein Rederecht einzuräumen.

Der Vorsitzende verweist auf die Runden Tische, die im Vorfeld stattgefunden haben, wo den Angehörigeninitiativen ausreichend Gelegenheit gegeben wurde, in den Austausch mit der Verwaltung zu treten.

Frau Odendahl schließt sich den Aussagen des Vorsitzenden an und verweist auf die Runden Tische.

Frau Akyurt beantragt offiziell das Rederecht für die Angehörigen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Das Rederecht für die Angehörigen wird mit 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen beschlossen.

zu 2 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 2.1 Anfrage des AM Natalie Beisiegel-Röhl (FDP):Pläne für die Nachnutzung des HGH Vorlage: VO/2022/11683

Der Vorsitzende erfragt die Gültigkeit der Anfrage.

Frau Beisiegel-Röhl erbittet eine Antwort auf Ihre Anfrage.

Herr Rathke erklärt seine Verwunderung, warum bis zur dieser Sondersitzung noch keine Antwort der Verwaltung vorliegt.

Frau Steinrücke erklärt, dass es noch keine konkreten Pläne für die Nachnutzung gibt.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Gibt es konkrete Pläne/Konzepte für die Nachnutzung des HGH im Falle der Schließung der Senioreneinrichtung?

Wenn ja, welche?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 2.2 Anfrage des AM Natalie Beisiegel-Röhl (FDP): Unterbringung der Senioren:innen des HGH
Vorlage: VO/2022/11684**

Der Vorsitzende fragt, ob die Anfrage so bestehen bleiben soll.

Frau Beisiegel-Röhl bittet um die Beantwortung der Anfrage.

Frau Steinrücke erfragt, ob die Beantwortung schriftlich oder sofort mündlich erfolgen soll.

Es wird um beides gebeten.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass mit den Bewohnern Verträge geschlossen wurden und diese Verträge gekündigt werden müssen. Es werden die erforderlichen Umzüge eng begleitet, die Bewohner:innen werden nicht allein gelassen.

In anderen städt. Heimen sind Plätze für diese Umzüge bereits jetzt freigehalten. Es werden in diesem Kontext auch die persönlichen Beziehungen der Bewohner:innen Berücksichtigung finden.

Herr Rathke erklärt seine Verwunderung, warum die Verwaltung diese Antwort nicht schriftlich geben konnte.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

In welchen Einrichtungen sollen die Bewohner:innen des HGH alternativ untergebracht werden?

Wonach wird entschieden, wer in welcher Einrichtung untergebracht wird?

Werden die bestehenden sozialen Kontakte innerhalb der Einrichtung (HGH) berücksichtigt?

Dürfen die Bewohner:innen mitentscheiden, in welche Einrichtung Sie kommen?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 2.3 Antwort auf die Anfrage des AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Chronologische Abfolge im Fall Brandschutz Heiligen-Geist-Hospital
Vorlage: VO/2022/11730-01**

Herr Dr. Flasbarth erklärt, dass die Aufzählung in der Vorlage lückenhaft ist. Ihm fehlt der Zeitpunkt, ab wann die Planungen durch den Bürgermeister gestoppt wurden.

Herr Babendererde erklärt, dass der Bürgermeister die Planung im März 2022 nicht gestoppt hat. Vielmehr die festgestellten Schäden (wie z.B. Brandschutz, Lüftung, Trinkwasser, Klimaanlage usw.) haben zum Stopp geführt.

Frau Akyurt erklärt, dass ihre Akteneinsicht ergeben hat, dass der Bürgermeister diese gestoppt habe.

Es wird nochmals seitens der Verwaltung erklärt, dass am 5.9.22. ein Gespräch mit der Feuerwehr und der Bauordnung stattgefunden hat und man sich hierbei geeinigt habe, wie der Betrieb weitergeführt werden kann.

Herr Dr. Flasbarth erklärt, auch er habe Akteneinsicht genommen und dort war nur der Brandschutz benannt worden. Von weiteren Problemen z.B. Trinkwasser udgl. war nichts bezügl. einer Nutzungsuntersagung zu entnehmen.

Herr Gebert erklärt ebenfalls noch, dass seine Akteneinsicht ergeben hat, dass der Bürgermeister die Planungen am 15.6.2023 gestoppt hat.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Anfrage des AM Ramcke in der Sitzung des Bauausschusses am 19.12.2022 (VO/2022/11730):

Welche Gründe hat die Bauordnung bewogen, das seitens der Bauordnung genehmigte Brandschutzkonzept für das HGH zurückzuziehen oder zumindest in Teilen aufzuheben?

Für die Möglichkeit dieses Thema nachvollziehen zu können, hier die Aufforderung an die Verwaltung einmal einen chronologischen Verlauf aus Sicht der Bauordnung zum Thema HGH aufzuführen, ausgehend von dem genehmigten Brandschutzkonzept, dem dann folgenden Aufnahmestopp für neue Bewohnende, über die mögliche Nutzungsuntersagung inkl. Anhörung, bis zur geeinigten bzw. akzeptierten Fassung einer Anpassung des Brandschutzkonzepts.

Und zu welchem Zeitpunkt haben sich hier ggf. Änderungen in der Verantwortlichkeit der Fallbearbeitung in der Bauordnung ergeben?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3 Berichte

zu 3.1 Weiterbetrieb einer SeniorInnenEinrichtung (SIE) im Heiligen-Geist-Hospital (HGH) Vorlage: VO/2023/11852

Herr Bergmann nimmt ausführlich Stellung zur Sache. U.a. verweist er darauf, dass nicht jeder Standort eine demenzielle Pflege anbieten muss. Er bezeichnet es als unredlich, diese Forderung für Neubauten auch bei bestehenden Einrichtung anzuwenden.

Weiterhin zweifelt er die konkrete Gefahr an und definiert diese noch einmal. Er hält die Schließungsmaßnahme nicht für angemessen, erforderlich und geeignet. Er empfiehlt der Stiftung gegen die Nutzungsuntersagung zu klagen. Er verweist darauf, dann auch ein privater Anbieter hier klagen würde.

Außerdem nimmt er noch zu den Kosten Stellung. Er merkt an, was auch immer an dem Standort dem Stiftungszweck entsprechend hergerichtet wird, würde auch Kosten verursachen und dieser wären zu berücksichtigen.

Abschließend wird seitens des Beirates für Senior:innen die Maßnahme als Gefahrenabwehrmaßnahme in Zweifel gezogen.

Herr Müller-Lornsen bemängelt, dass ein Traditionshaus aus Kostengründen aufgegeben werden soll. Zudem verweist er darauf, dass es eine bestehende Baugenehmigung gibt.

Namens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen fordert er die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes, damit eine Nutzungsuntersagung nicht mehr notwendig wird. Auch er befürwortet, die drohende Nutzungsuntersagung gerichtlich überprüfen zulassen.

Das HGH sollte grundsaniert werden, damit es weitere 40 Jahre als APH von der SIE betrieben zur Verfügung steht.

Außerdem soll der Aufnahmestopp zurückgenommen werden und ein Konzept zur abschnittsweisen Sanierung vorgelegt werden.

Herr Voht nimmt Bezug auf die Schuldzuweisungen in die Richtung von Verwaltung, Bürgermeister und Senatorin. Er zeigt auf, dass die Brandschutzanlage bereits 40 Jahre alt ist, außerdem, dass Frau Senatorin Steinrück erst seit 9 Monaten im Amt ist und die Frage zu stellen ist, welchen Anteil die Politik an der heute Sachlage trägt.

Er kritisiert, dass dieses Thema jetzt für den Wahlkampf genutzt wird.

Er stellt fest, dass ausgerechnet die, die nicht in die SIE investieren wollten, jetzt zum Retter des HGH werden. Er gibt zu bedenken, dass der Investitionsstau in fast allen städtischen Einrichtungen besteht und seitens der Politik nie eine Bereitschaft vorhanden war, diesen zu beseitigen.

Er verweist darauf, dass am Ende ein Gericht entscheiden wird, ob die Nutzungsuntersagung rechtlich Stand hält. Und im Falle einer standhaften Nutzungsuntersagung muss ein alternatives Nutzungskonzept vorliegen. Dieses alternative Konzept muss mit Kosten belegt sein, damit überhaupt eine Abwägung zwischen Sanierung und alternativer Nutzung möglich ist.

Abschließend eröffnet er die Prognose, dass das HGH nur der Anfang ist und der Pflegeplatzmangel noch größer werden wird.

Frau Akyurt fügt an, dass zu Zeiten von Herrn Senator Schindler nichts geschehen ist und jetzt die Dinge angegangen werden müssen. Ferner führt sie an, dass das HGH noch nie Verlusttreiber war und auch nie ein Sorgenbetrieb. Im Gegenteil war es das Vorzeigemodell. Sie stellt die Frage nach der moralischen Verantwortung der Stadt, die keine marktübliche Miete an die Stiftung gezahlt hat.

Außerdem bemängelt sei, dass die belastbaren Zahlen nicht in der Vorlage der Verwaltung enthalten sind.

Herr Müller berichtet, dass insgesamt 5 Stunden Runder Tisch stattgefunden haben und dass diese zumeist den Inhalt der Schließung des Hauses hatten. Er gibt zu bedenken, dass bei einer Schließung erneut Pflegeplätze verloren gehen.

Er wirbt für den Erhalt des HGHs und den Neubau von Pflegeeinrichtungen.

Herr Dr. Flasbarth verweist auf eine bestehende Baugenehmigung und fehlende Anhaltspunkte, die eine Untersagung rechtfertigen, da keine Verschlechterung eingetreten ist. Er stellt auch anhand von Zahlen dar, dass es im Haushalt immer Spielräume für Investitionen geben wird.

Frau Senatorin Steinrücke bittet die Fragen zur Finanzierung schriftlich als Anfrage zu formulieren, damit die Verwaltung dieses beantworten kann.

Herr Candan kritisiert ebenfalls, dass dieses Thema für den Wahlkampf genutzt wird. Auch die CDU hat 2014 die Schließung der Schönböckener Straße beschlossen und bittet jetzt die Beteiligten sich um Lösungen für die Bewohner:innen und Angehörigen zu bemühen.

Herr Schmidt von der Angehörigeninitiative erklärt, man habe keine politischen Redner auf der Demo zugelassen, damit es nicht für den Wahlkampf genutzt werden kann.

Herr Voht, betont hierzu noch einmal seinen Standpunkt, dass die Demo ein demokratisches Recht der Angehörigen ist, aber dieses nach seiner Auffassung jetzt für politische Zwecke von anderen genutzt wird.

Frau Senatorin Steinrücke zeigt Verständnis für die hohe Emotionalität, verteidigt aber die Vorlage und die Arbeit von Herrn Kuszmierz.

Der Auftrag zur heutigen Sitzung „Weiterperspektive für das HGH“, wurde durch die Vorlage erfüllt.

Um eine alternatives Nutzungskonzept vorzulegen, müssen umfangreiche Gespräche mit der Stiftungsaufsicht geführt werden. Sie stellt weiter heraus, dass ein großes finanzielles Delta abgebaut wurde, aber dieses sich wieder erhöhen wird, wenn das HGH weiterhin als Senior:inneneinrichtung der SIE geführt wird.

Sie stellt klar, dass in der heutigen Sitzung nur eine Empfehlung für die Bürgerschaft getroffen werden kann, was mit der Einrichtung passieren soll.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Beirat für Senior:innen AT zu VO/2022/11626-01 - Schließung Seniorenheim im Heiligen-Geist-Hospital

Es erfolgen keine weiteren Anmerkungen zum Antrag.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich gemäß des Antrages.

Beschluss:

Der Beirat für Senioren und Seniorinnen der Hansestadt Lübeck hat in seiner Sitzung am 8. November 2022 und 7. Februar 2023 einstimmig beschlossen :

- Der Erhalt und Betrieb der Senior:inneneinrichtung SIE Heiligen-Geist-Hospital wird am aktuellen Standort am Koberg auch über den 30. September 2023 gefordert .
- Die durch Baugenehmigung bereits geplanten Maßnahmen werden sofort durchgeführt bzw. in Angriff genommen.
- Die in der Folge entstehende neue Bewertungssituation des Betriebes und des Gebäudes wird mit den entscheidenden Ämtern neu verhandelt.

Begründung erfolgt mündlich.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 6.1 AT Dringlichkeitsantrag AM Lengen: Ersatzlösung für das Alten- und Pflegeheim sicherstellen
Vorlage: VO/2023/11861-01**

Es folgte eine rege Diskussion der Ausschussmitglieder und Anwesenden Herrn Candan, Frau Akyurt, Herrn Dr. Flasbarth, Herrn Gebert, Herrn Voht, Herrn Müller, Herrn Radtke, Frau Friemer, Herrn Stabe, und Herrn Gersdorf u.a. zu den vorgeschlagenen Alternativstandorten.

Frau Odendahl bittet um eine 10 minütige Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 17:45 Uhr bis 17:59 Uhr unterbrochen.

Herr Candan zieht den Antrag im Namen der SPD-Fraktion zurück.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, aufgrund der zum 30.09.2023 zu erwartenden Nutzungsuntersagung für ein Alten- und Pflegeheim im HGH, unverzüglich mit der Suche nach einem Alternativstandort zu beginnen.

Ziel ist weiterhin der Betrieb eines APH durch die städtischen Senior:innen Einrichtung (SIE) in der Innenstadt. Der neue Standort soll den qualitativen Anforderungen an eine Alten- und Pflegeeinrichtung nach aktuellen Standards entsprechen und Teil der Ausbaustrategie 2030 werden. Zu prüfen sind insbesondere auch folgende Standorte:

- ehemalige Bundesbank (Holstentorplatz)
- ehemaliges Karstadt- Sport- Gebäude (Holstenstrasse)
- nach Realisierung des „Haus des Sportes“ freiwerdende Fläche an der Falkenstraße

Weitere mögliche Standorte sind vorzuschlagen.

Dem Sozialausschuss und dem Hauptausschuss ist bis zum Ende des 2. Quartals fortlaufend zu berichten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2 Dringlichkeitsantrag AM Andreas Müller (DIE LINKE): Städtisches Seniorenheim in der Altstadt
Vorlage: VO/2023/11908

Herr Müller erklärt, dass sein Antrag in geänderter Form nun als interfraktioneller Antrag der Linken, SPD, die Unabhängigen und GAL+Freie Wähler wie folgt lautet:

Der Bürgermeister wird beauftragt, aufgrund der zum 30.09.2023 zu erwartenden Nutzungsuntersagung für ein Alten- und Pflegeheim im HGH, unverzüglich mit der Suche nach einem alternativen Standort zu beginnen.

Die Hansestadt Lübeck trägt dafür Sorge, dass es in der Altstadt mindestens ein städtisches Altenheim gibt.

Der neue Standort soll den qualitativen Anforderungen an eine Alten- und Pflegeeinrichtung nach modernen Standards entsprechen und Teil der Ausbaustrategie 2030 werden.

Dem Sozialausschuss und dem Hauptausschuss ist bis zum Ende des 2. Quartals fortlaufend zu berichten.

Herr Voht wirbt für die Zustimmung zu diesem Antrag, da man auf die gerichtliche Entscheidung vorbereitet sein sollte.

Das Ergebnis ist an dieser Stelle völlig offen, aber der Bedarf an Pflegeplätze ist gegenwärtig.

Der Ausschuss erteilt einstimmig Frau Alheid das Rederecht.

Sie erklärt, dass man diesem Antrag nicht zustimmen sollte, weil die Bewohner:innen im HGH bleiben sollten. In diesem Zusammenhang verweist sie auf die 700-jährige Tradition.

Herr Müller bittet um die Zustimmung für diesen geänderten Antrag.

Herr Stabe erklärt für die CDU, dass diese sich für ein JA zum HGH ausgesprochen hat und hier gegen diesen Antrag stimmen wird, da es in sich einen Widerspruch enthält.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den verlesenen geänderten Antrag abstimmen.

Der geänderte Antrag wird vom Ausschuss mit 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung entschieden und gilt aufgrund der Stimmengleichheit als abgelehnt.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck trägt dafür Sorge, dass es in der Altstadt mindestens ein städtisches Altenheim gibt.

Sollte die Schließung des Heiligen Geist Hospital unumgänglich sein, wird die Verwaltung beauftragt unverzüglich einen neuen innerstädtischen Standort zu planen und zu erschließen.

Abstimmungsergebnis gem. des geänderten Antrages	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	7
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.3 AT - Dringlichkeitsantrag AM Akyurt (CDU), AM Dr. Grohmann (CDU), AM Stabe (CDU), AM Nehrhoff (CDU), AM Friemer (DU), AM Krause (BfL), AM Müller-Lornsen (BÜ90/Grüne), AM Zunft (Die Linke), AM Zeplin, AM Grädner (F21): Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim
Vorlage: VO/2023/11924-01**

Frau Akyurt wirbt für den Weiterbetrieb des HGHs und erklärt, dass der Bürgermeister zu beauftragen ist, gegen eine mögliche Nutzungsuntersagung zu klagen.

Herr Voht legt seinen Bedenken dar, dass der Aufnahmestopp aufgehoben werden soll. Sofern dieses erfolgt, die Nutzungsuntersagung eintritt und ein Gericht dieses bestätigt, müssten die „neuen“ Bewohner:innen erneut umziehen und es müssten noch mehr Personen anderweitig gut untergebracht werden.

Herr Müller findet den Antrag gut, sieht aber den Wegfall des Aufnahmestopps auch kritisch.

Herr Stabe führt aus, dass jeder selbst entscheiden kann, ob er dort einziehen möchte. Die Gefahr eines weiteren Umzuges kann jeder selbst beurteilen. Dieser Wegfall des Aufnahmestopps ist vielmehr als ein deutliches Zeichen für den Weiterbetrieb zu sehen.

Frau Steinrücke erfragt, wie die Verwaltung damit umgehen soll. Der Aufnahmestopp ist ein wesentlicher Bestandteil der Nutzungsgenehmigung bis zum 30.09.2023. Ebenso ist damit die Frage zu verbinden, ob dann an den anderen Einrichtungen die freigehaltenen Plätze auch freigegeben werden sollen.

Herr Stabe verlässt die Sitzung um 18:15 Uhr.

Frau Akyurt stellt dar, dass nicht nur der Aufnahmestopp dort im Antrag benannt ist, sondern auch die 60 Plätze.

Frau Odendahl erklärt, dass aktuell 61 Personen dort leben und man mit dem Wegfall des Aufnahmestopps Hoffnungen weckt. Wenn man das Heim dann wieder mit 77 Personen belegen kann und die Schließung kommt, müssen 77 Bewohner:innen umziehen. Sie stellt die Frage, was man den Menschen damit antut.

Herr Candan erklärt, dass die SPD diesen Antrag ablehnen wird.

Herr Schmidt erhält erneut das Rederecht und erklärt, dass nur 60 Personen dort leben können, um eine Sanierung im laufenden Betrieb vornehmen zu können. Man wird hausinterne Umzüge durchführen müssen, um das Haus im laufenden Betrieb zu sanieren.

Frau Senatorin Steinrücke führt hierzu nochmals aus, dass seitens der Fachleute von Feuerwehr, Bauordnung und GMHL bestimmte Gebäudeteile nicht belegt werden dürfen, da im Falle eines Großbrandes die Bewohner:innen nicht gerettet werden können.

Herr Babendererde verweist auf die schwierige Situation zum Brandschutz und dass der Aufnahmestopp nur die sofortige Schließung verhindern konnte.

Frau Akyurt bittet um eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten.

Die Sitzung wird von 18:24 bis 18:34 Uhr unterbrochen

Frau Akyurt bittet den Antrag wie folgt zu ändern:

Unter 2. beim dritten Absatz heißt es:

Den Aufnahmestopp unverzüglich aufzuheben und eine Mindestanzahl von 60 Personen sicher zu stellen.

Dieser Passus wird geändert in:

Den Aufnahmestopp ab dem 1.10.23 aufzuheben.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von den im Saal anwesenden Mitgliedern des Ausschusses abstimmen.

Es werden 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgegeben.

Beschluss:

Der Bürgermeister möge beschließen,

1. Das Alten- und Pflegeheim (APH) im Heiligen-Geist-Hospital (HGH) wird weiterhin dauerhaft (mindestens 40 Jahre) von den Senioreneinrichtungen der Hansestadt Lübeck betrieben.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt,

auf der Grundlage der für das HGH erteilten Baugenehmigung vom 04.03.2021 unverzüglich mit der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes zu beginnen und rechtzeitig vor Ablauf der Baugenehmigung den Baubeginn der zuständigen Behörde anzuzeigen;

alle rechtlichen und tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, um den Weiterbetrieb des APH sicherzustellen, insbesondere bei ergangener Nutzungsuntersagung;

den Aufnahmestopp unverzüglich aufzuheben und eine Mindestzahl von 60 Plätzen sicher zu stellen;

die unterbrochenen und wieder aufgenommenen Planungen – das HGH für die nächsten 40 Jahre sachgerecht zu sanieren – dauerhaft weiterzuführen;

der Bürgerschaft ein Konzept für abschnittsweise Sanierung im laufenden Betrieb vorzulegen;

den jeweiligen Sachstand der Bürgerschaft vierteljährlich – in Eilfällen unverzüglich – mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis gem. des geänderten Antrages	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 8 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und zudem auch die Sitzung, da es keine nichtöffentlich zu beratenden Tagesordnungspunkte gibt.

zu 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 5. April 2023

Dr. Marek Lengen
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung